

Lernen bis zum Umfallen

Der Bildungsstreik will nicht mehr als nettere Verwertungszusammenhänge, das ist der geringste Grund ihn abzulehnen

Nachdem die Bildungsproteste des Sommers pünktlich mit Beginn der Semesterferien ihren Abschluss nahmen, bemühen sich hallische Studierende um eine Wiederaufnahme der Aktionsfront. Mit zwielichtigen Referenten und schlechten Parolen bekämpft der „Bildungsstreik“ die Ursache seines Bestehens, die trostlose Atmosphäre an deutschen Universitäten. Dabei vergisst die Querfront aus Anarchisten, Lehramtsstudenten und Sprechwissenschaftlerinnen nur zu oft, dass es an deutschen Universitäten nie gut um die Emanzipation bestellt war. Das Festkomitee 2. Juni kündigt den Protagonisten der Bildungsfront die Freundschaft und erklärt, warum es sich beim Bildungslogan „Wessen Bildung?“ nicht um eine Frage, sondern um eine Selbstbeschreibung handelt. Eine Aufforderung zum Erwachsenwerden.

Reminiszenzen

Der Sommer war schön und heiß. Beim Bier saß man zusammen auf dem besetzten Universitätsplatz, hörte die alten Klassiker von Blumentopf bis Ton Steine Scherben und Slime, freute sich über das Wetter, dann trank man Schnaps, rauchte Selbstgedrehte, verliebte sich und fühlte sich wieder wie damals mit sechzehn auf der Klassenfahrt nach Delmenhorst als zum ersten Mal gefummelt werden durfte. Anschließend träumte man und man träumte viel. Unter sternklarem Himmel direkt in der Innenstadt. Die Welt war einfach und der Feind hatte Name und Adresse; war nebenbei Vertreter der Studierenden im Senat und erfüllte durch Habitus und Aufzug das Feindbildschema fast schon zu perfekt. Doch dann kam der September, es regnete häufiger, die Eltern meldeten sich regelmäßig und mit ihnen das schlechte Gewissen nicht alle Leistungsscheine bekommen zu haben, die vor drei Monaten noch so erreichbar schienen. (Man kennt das aus zahlreichen Romanen von Hermann Hesse.) Leider blieb es nicht dabei. Unter der Überschrift „Wessen Bildung?“ laden die hochschulpolitischen Aktivisten ein zur „Global Week of Action“. Als Gäste begrüßen sie dabei Professoren und Akademiker, Mitarbeiter des Wissenschaftsbetriebes. Dass eine solche Veranstaltungsreihe zwischen gemeinsamen Frühstück, Sprechchor-Workshop und der entzückend originellen und mit Foucault vorgetragenen Vermutung, dass hinter dem Lernen doch der Zwang stecken könnte, zum Zirkus werden muss, der das Publikum mehr unterhält als es aufzuklären, scheint in der Logik der Sache zu liegen. Exemplarisch soll dies an den Punkten dargestellt werden, die uns dazu veranlassen, dem Bildungsstreik jedweden emanzipatorischen Charakter abzusprechen.

Nicht allein das ABC...

Bildung ist dialektisch. In ihr findet sich das Moment der Autonomie und der strukturierten Ordnung, das des Nutzens und der Freiheit. Die ihr eigene Antinomie macht es unmöglich, sie am Bildungsideal festzumachen. „Daher gibt es in dem Augenblick, in dem es Bildung gibt, sie schon nicht mehr.“¹ So ist es Ausdruck von falscher Nostalgie, über Humboldt zu sprechen als wäre die Einführung von Oberseminaren für Bürgersöhne und Aristokraten eine treffende Antwort auf derzeitige Probleme der Massenuniversität. Die universitären Verhältnisse vor der Umstellung auf Bachelorkurse werden besonders verharmlost. Es reicht die glorifizierte Vergangenheit bis in das vorletzte Wintersemester zurück. Während ältere Studierende noch wissen, dass Universitätsseminare vor fünf Jahren auch schon stupide Angelegenheiten waren und das blöde Gequatsche der Kommilitonen nur mit der Hoffnung auf baldigen Studienabschluss ertragen werden konnte, müssen die Protagonisten der Global Week of Action in Halle noch begreifen, dass die hallische Universität immer schon auch ein Herrschaftsinstrument war. So fällt der Gründungstag der brandenburg-preußischen Landesuniversität Fridericiana nicht zufällig auf den 12. Juli 1694 und damit auf den Geburtstag des Kurfürsten Friedrich III., und nicht zufällig war deren Standort unweit der lutheranisch-orthodoxen und damit keinesfalls staatslegitimierenden Universität in Wittenberg gewählt.

In der Bildungsfront aber glaubt man sich sicher, als erster auf den Zusammenhang von Zwang, Herrschaft und Lernen gekommen zu sein. Von dieser durchaus sinn- und identitätsstiftenden Überzeugung wollen wir die Aktiven unter den AktivistInnen nicht abbringen. Mit falscher Überheblichkeit können sie keinen Unsinn machen. Vielmehr wünschen wir uns mit Verweis auf jenen Schwulst einen Wilhelm Busch Flashmob zu den Zeilen „Also lautet ein Beschluss: Dass der Mensch was lernen muss.“

Darüber hinaus wollen wir anregen, gründlich über das eigene Menschenbild nachzudenken. Die lokalen Bildungsaktivistinnen scheinen die bürgerlichen Vorstellungen, um die Kategorie „Wissensdurst“ erweitern zu wollen. Dagegen kann man wenig einwenden. Sollte damit aber ein ureigenstes Interesse konstruiert werden, dass dem Einzelnen qua Natur eingeschrieben sei und das erst durch gesellschaftliche Zustände pervertiert würde, muss protestiert werden. Wer davon ausgeht, dass Schüler die Verkörperung des Naturmenschen von Rousseau seien, und in ihnen edle Wilde sieht, die sich ihrer eigenen Bedürfnisse noch bewusst sein können - nichts anderes wurde unlängst im Bildungsstreik-Forum vorgetragen - bei dem schlägt der bildungsstreikeigene Spleen in Wille zum Rückschritt um.

¹ Theodor W. Adorno, Theorie der Halbbildung, in: Gesellschaftstheorie und Kulturkritik, Frankfurt (Main) 2003, S. 66- 94, hier: S. 77.

Pennälerinnen außer Rand und Band

Das deutsche Gymnasium ist ein Hort der Aufklärung und der Vernunft. Wer es absolviert, hat berechnete Aussicht, in einigen Jahren zur gesellschaftlichen Elite zu gehören. An dieser Bildungseinrichtung zu bestehen, heißt letztendlich, zu einem anderen Stand zu gehören als das prekarierte Proletariat der Haupt-, Sekundar- und sonstiger Sonderschulen.

Dies ist – überspitzt formuliert – die Ideologie, welche jungen Gymnasiastinnen noch heute bewusst oder unbewusst vermittelt wird: sei es durch die Architektur der Lehrgebäude, das Auftreten der Lehrerinnen oder in rhetorisch miserablen Abiturreden. Jedoch blamiert sich diese Ideologie wie kaum eine andere beim Übertritt von der Schule zur Universität an der Realität. Aufstrebende Erstsemestlerinnen finden sich in Massenvorlesungen, in denen ihnen pseudoakademisches Halbwissen eingebläut wird, wieder – in Hörsälen, deren Größe in keinem Verhältnis zu lauschigen Klassenräumen stehen. Was in solchen Lehrveranstaltungen nicht erreicht wird, ja nicht erreicht werden kann, sollen spätabendliche Tutorien ausgleichen.

So haben diese jungen Leute es sich nicht vorgestellt. So wird es ihnen verunmöglicht, den eigenen bürgerlichen Idolen nachzueifern – egal ob Konrad Adenauer, Helmut Schmidt oder dem bei Nonkonformistinnen beliebten Guido Westerwelle. Dieses affirmative Verhältnis zur bürgerlichen Gesellschaft ist nichts anderes als gewöhnlicher Konformismus. Und so wie sie als Schülerinnen in Reaktion auf schlechte Noten nur den unfairen Lehrerinnen zu kritisieren wussten und nicht das Bewertungssystem selbst, richtet sich ihr Lamento über die universitären Zustände an Rektorinnen und Kultusministerinnen, die doch – bitte – mehr auf die Wünsche der Studierenden eingehen sollen, und nennen dies kritischen Dialog oder konstruktive Kritik.

Doch die postmodernen Apparatschiks, welche doch so viel besser wissen, wie diese Gesellschaft funktioniert, als ihre gescheiterten Freundinnen von den Hochschulen, speisen die Protestierenden immer wieder mit leeren Versprechungen ab. Mit blasser Erinnerung an die teilweise militanten Protestformen der 68erinnen reagieren die streikenden Studierenden von heute darauf mit „kreativen Aktionsformen“, die eher an Abitur-Streiche erinnern als an Versuche wirklicher Gegenwehr. Da werden Flashmobs organisiert, da wird die Bildung zu Grabe getragen oder – ganz frech – dem Bösewicht Bullerjahn², nachdem man sich mit sachlicher Unkenntnis in der Diskussion mit ihm hervorgetan hat, einen Blumenstrauß aus dem Müll geschenkt, als ob es sich bei ihm um den Oberpauker von der Penne handelt.

Den Höhepunkt dieses kreativen Werkelns bildet die Protestform des „Sprechchors“:

„Wenn viele Menschen, neben der symbolischen, rein physischen Präsenz, dirigiert und deshalb geschlossen ihre Stimme erheben, im Kanon und mit wechselnden Rhythmen, vieldeutige Sinnsprüche skandieren, die ihre Bedeutung oft unerwartet und erst zum Ende offenbaren, entsteht ein Eindruck von gemeinsamem Aufbegehren, von unüberhörbarer Präsenz und unvergleichlich höherer Tiefe [sic!], als es einfache Personen vermögen.“³

² Bullerjahn ist Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt.

³ Entnommen aus dem Programmflyer des hallischen Bildungsstreiks November 2009.

Hier soll mit Hilfe der Auflösung des Individuums im Kollektiv eine Verbesserung gesellschaftlicher Zustände erreicht werden. Doch wer für die gesellschaftliche Emanzipation der Einzelnen, auch in der verstümmelten Form der Forderung nach „freier Bildung“, eintritt, sollte doch genau entgegengesetzte Strategien verfolgen.

Doch die aktuellen Studierendenproteste sind durchdrungen von Konformismus gegenüber den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen, blindem, unreflektiertem Aktionismus und einem Kollektivismus, der es nicht auf die Befreiung des Individuums abgesehen hat, sondern auf den Untergang desselbigen in der Masse der Protestierenden. Auf diese Weise entsteht keine Emanzipation, sondern lediglich eine weitere affirmative Revolte.

Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch von der Bildungsmisere schweigen.

„Es geht ums Ganze“ war im Sommer 09 auf der Vollversammlung in Halle zu vernehmen, doch das beinahe völlige Fehlen inhaltlicher Auseinandersetzungen und die zahllosen Abwehrkämpfe gegen jedwede Kritik an Aktionismus und Kollektivismus oder gegen das Insistieren auf eine Auseinandersetzung mit den Verhältnissen des Verwertungszusammenhangs, sprechen eine andere Sprache. Aktion ist alles, Inhalt ist nichts. Damit ist dem Bildungstreik, eine fundamentale Theorie- und Begriffslosigkeit und beifolgend die Unfähigkeit eine gezielte Kritik formulieren zu können, zu attestieren.

Neben dem mangelnden Inhalt der schriftlichen und virtuellen Präsentationen des BS, den unsinnigen Forderungen und den zahlreichen sinnfreien Diskussionen bringt ein Zitat aus dem Forum des hallischen Bildungstreiks, welches wohl auf Kritik am Schulsystem bezogen war, aber doch für den allgemeinen Zustand des BS spricht, die klägliche Lage in Sachen Theorie, Reflektion und Kritik zum Ausdruck.

Da heißt es:

„Was wir in der Schule gelernt haben ist ab der 8. Klasse doch eh total überflüssig (wo brauch ich Logarithmen, den Aufbau einer Zelle etc. im alltäglich leben [sic!]?⁴) (...) stattdessen könnte man sich ja viel mehr auf Rationalität konzentrieren und versuche[n] kritische, selbst denkende SchülerInnen von sich aus entwickeln zu lassen“

Man hantiert mit Begriffen, von denen man keine Ahnung hat.⁵ Ebenso wie Bildung hat auch Rationalität einen antinomischen Charakter. Im Hinblick auf die Verschuldung des Landes ist die Bildungspolitik der Landesregierung durchaus rational, unter den Bedingungen des Verwertungszwanges ist es äußerst rational, dass Kommilitoninnen lieber kritiklos Wissensbrocken in sich hinein schaufeln, um hinsichtlich eines guten Abschlusses die nächste Prüfung zu bestehen, als sich an infantilen Aktionen der Bildungstreikfront zu

⁴ Zweifelsohne gibt es eine berechnete Kritik am Schulsystem, an Lernmethoden und -inhalten, doch drückt sich diese gerade im Zitat nicht aus. Vielmehr geht es erneut nur um die Funktionalität von Wissen im Kontext der Verwertung.

⁵ Ganz zu schweigen davon, dass der Schreiber offensichtlich glaubt, Schülerinnen würden sich von ganz allein zu vernünftigen Individuen entwickeln, wenn man sich nur auf „Rationalität konzentriert“, was auch immer das heißen mag.

beteiligen. Ebenso ist es rational, Wissen nach Funktionalität und Brauchbarkeit zu messen, weil es im Alltag notwendig ist, welcher schon längst als notwendiges Übel verstanden wird. Die Dialektik des Rationalitätsbegriffs kommt unter den jeweiligen Aspekten der Verhältnisse zum Ausdruck und das ist bezüglich der instrumentellen Vernunft, wie Max Horkheimer für die Wertvergesellschaftung konstatiert⁶, die rationale Mittel-zum-Zweck-Logik. An diesem Punkt auf Rationalität zu pochen, ohne die Verhältnisse auch nur in den Blickpunkt zu rücken, belegt die eklatanten begrifflichen und theoretischen Schwächen. Selbstverständlich ist es unter anderen Gesichtspunkten rational, danach zu streben, eine bessere, eine freie Gesellschaft einzurichten, aber davon will und wollte man im Bildungsstreik nie etwas wissen. Die tieferliegenden Ursachen der Bildungsmisere und damit einhergehend die abstrakten Verhältnisse der kapitalistischen Wertvergesellschaftung interessieren nicht. Zu schwer ist das Vokabular der Theorie und man meint ausschließlich selbst denken und handeln zu können, so als bräuchte man nicht die Ideen „irgendeines Soziologen nachzuplappern“, wie im hallischen BS-Forum zu lesen war (gemeint war Theodor W. Adorno).

Der Verzicht auf Sachautoritäten und besonders die fehlenden inhaltlichen Auseinandersetzungen lassen die Forderungen des BS nach besserer Bildung äußerst fragwürdig erscheinen. Übrig bleiben neben einem blinden Aktionismus und dem behaglichen Gefühl in der Protestgemeinschaft aufzugehen, stellenweise anti-intellektuelle Ressentiments gegen Kritikerinnen und vor allem eine verkürzte, personifizierende und anti-amerikanische Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse. Mit Begriffen wie „Ökonomisierung“ oder der Identifikation vermeintlich Verantwortlicher versucht man einzufangen, was man nicht versteht bzw. nicht verstehen will. Davon zeugt unter anderem die bereits erwähnte Ankündigung zur aktuellen Global Week of Action des hallischen Arbeitskreises zum Bildungsstreik. Hinter der Überschrift „Wessen Bildung?“ sind eine Vielzahl von Marken- und Konzernnamen zu finden. Somit hat man auf die Frage gleich die Antwort. Demnach sind die Schuldigen an der Bildungsmisere wie auch an gesellschaftlichen Übeln neben Politikern vor allem Konzerne, Banker, Manager, nicht zuletzt die vermeintlich Us-amerikanische Kultur. Damit bedient man ressentimenthafte Denkmuster.

Diese Theorielosigkeit und die inhaltliche Lethargie machen deutlich, dass der Aktionismus und das Bedürfnis nach Konsens der Mittel-zum-Zweck-Logik folgen und damit im Affirmativen und „instrumentellen Denken“ (Max Horkheimer) stecken bleiben. Man ist vermeintlich kreativ und will verändern, weiß aber nichts über die Gesellschaft zu sagen und vermag sich Widersprüchen⁷ nicht zu stellen. Damit bewegen sich Diskussionen im Bildungsstreik auf dem Niveau von Stammtischgerede oder dem Treffen einer Ortsgruppe der Jusos. Kritik am Bildungssystem oder gar ein Anstoß zu Veränderungen ist das bei weitem nicht.

Um eine freie Gesellschaft einzurichten, und es ist bezeichnend für den BS, dass man die Vorstellung dieser Möglichkeit schon gar nicht mehr hat, bedarf es vornehmlich dem kritischen Bewusstwerden der gesellschaftlichen Verhältnisse, der tieferen Beschäftigung mit dem Verwertungszusammenhang und damit einer kritischen Gesellschaftstheorie, die das zu leisten versucht. Eine solche kritische und dialektische

⁶ Max Horkheimer, Zur Kritik der instrumentellen Vernunft, Frankfurt (Main) 2007.

⁷ Seien es Dissensen, Kritiken oder der dialektische Charakter gesellschaftlicher Verhältnisse.

Theorie „will die Gesamtkonstellation beschreiben, die sozialen Konflikte und Herrschaftsbeziehungen identifizieren, aus und in denen die verschiedenen Perspektiven [der Betrachtung] eingenommen werden“⁸ und die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse erfahrbar machen, um somit ein kritisches Bewusstsein als Ausgang für Veränderung anzustoßen.

Der Bildungsstreik bzw. seine Protagonisten sperren sich, und damit verleihen sie den Zuständen im Bildungssystem besonders an den Universitäten am ehrlichsten Ausdruck, gegen solch eine Theorie und Kritik, gegen die erfahrungsmäßigen, sprachlichen, begrifflichen und gedanklichen Schwierigkeiten, welche man nun mal auf sich nehmen muss, um der komplexen und widersprüchlichen Wirklichkeit des Ganzen gerecht zu werden. Lieber hält man es mit den Bestehenden und verlangt von diesem das Glück ab (hier die Parole „freier Bildung“), welches so unter diesem nicht zu haben ist, ist doch die Verweigerung des Glücks der Logik des Bestehenden eingeschrieben.

„Reclaim your education“

Wer den Bildungsaktivistinnen der hiesigen Unis keinen Glauben schenken möchte, aber dennoch die Hoffnung auf eine Kritik der Universität von Seiten der Aktivistinnen nicht aufgibt, kann sich auf die Suche machen, um vielleicht fernab der Provinz auf scharfe Analysen zu treffen. Das „International Students Movement“, das zur „Global Week of Action“ aufruft, erweckt zumindest auf den ersten, vagen Blick den Anschein, als handle es sich hier um einen Zusammenschluss, der so etwas wie Kritik ernsthaft leisten möchte. Das ISM existiert nicht erst seitdem festgestellt wurde, dass man in der Uni spitze übernachten kann, denn die dort vernetzten Gruppen beschäftigen sich seit längerer Zeit kontinuierlich mit „Bildung“. Man könnte den Gruppen also Ernsthaftigkeit und hehre Ziele unterstellen.

Aber- und das wird in dem Aufruf „Reclaim your education“ exemplarisch vorgeführt- gut gemeint ist noch lange nicht gut. In manchen Fällen – der Aufruf ist solch ein Fall – ist „gut gemeint“ sogar ausgesprochen schlecht.

Das Argument ist einfach gestrickt: Durch „Kommerzialisierung und Privatisierung“ wird Bildung, die davor „frei“ und „umfassend“, „emanzipatorisch“ und „selbstbestimmt“ war, den Interessen der Privatwirtschaft unterstellt und dadurch erstens schlechter, zweitens einseitig und dient drittens nur noch der Vorbereitung auf das Leben als Arbeitskraftbehälter. Indikatoren für diesen Prozess sehen die Autorinnen in der Umwandlung der Uni zum Dienstleister, den schrumpfenden Bildungsetats und den drohenden Schließungen unrentabler Institute. Wer es gewagt hat, sich mit der Geschichte der modernen Universität und der öffentlichen Bildung auseinanderzusetzen, weiß, dass die Vorstellungen der ehemals autonomen Uni aus dem Traumland kommen. Patet!

Allerdings sind die Aktivistinnen der „Global Week of Action“ mehr als verträumte Blumenkinder. Ihre Analyse der „Bildungsmisere“ benennt den Feind eindeutig: die Privatwirtschaft. Geheimnisvolle Kräfte, die global agieren, können ihre Interessen gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen, die einzelnen

⁸ Heinz Steinert, Kulturindustrie, Münster 2008.

Regierungen sind machtlos gegenüber dem „Diktat des Kapitals“. „Kräfte und Zwänge“ machen vor den Grenzen des Nationalstaats nicht halt, der Kampf gegen sie muss global geführt werden.⁹

Nicht der Gedanke der universalen Gleichheit eines jeden lässt die Aktivistinnen den nationalen Rahmen verlassen, sondern die Angst vor der Herrschaft des internationalen Finanzkapitals. Wem hier das latent antisemitische Ressentiment nicht ins Auge springt, der muss blind sein.

Die Aktivistinnen kennen nicht nur Feinde, sondern auch Freunde und vor allem Lösungen der Misere. Es liege am (demokratischen) Staat, eine Bildungssituation zu schaffen, die „emanzipierte“ und „freie“ Individuen hervorbringt, die den lieben langen Tag über Herrschaftsstrukturen nachdenken. Den von ihnen geforderten kritischen Blick auf den Staat werfen die Aktivistinnen nicht und deshalb bleiben ihnen die Ambivalenzen in der staatlichen Bildungspolitik verborgen.

Nicht Neues also von den Bildungstreiklerinnen Was sich in dem 40 Zeilen langem Aufruf lesen lässt, ist identisch mit dem Geplapper auf den hiesigen Campi. Die Hoffnung auf die kritische Reflexion der Protagonistinnen des Bildungsstreiks kann getrost aufgegeben werden.

Warum Bildung gegen den Bildungsstreik verteidigt werden muss

Dass sich die studentischen Protestlerinnen von jedem emanzipatorischen Bildungsgedanken verabschiedet haben, zeigt bereits ein kurzer Blick auf ihre Forderungen. Dort wird die von einem starken Staat beschützte und finanzierte Universität als Hort geistiger Autonomie gegen die vermeintliche „Einflussnahme der Wirtschaft“ ins Feld geführt. Stumpf wird vor einer diffusen „Ökonomisierung“ der Bildung gewarnt und als Ziel „selbstbestimmtes Lernen“ ausgegeben. Die disziplinierenden und bevormundenden Reformen des Bologna-Prozesses sind angeblich das Einfallstor für wirtschaftliche Interessen.

Obwohl die Reformen selbst Ergebnis politischer Entscheidungen waren, scheint das die Bildungstreiklerinnen nicht weiter zu irritieren. Ist es doch ein unausgesprochener Konsens, dass es nur am Willen des Staates mangelt, die Tore der Universität für die kalte Verwertungslogik des Marktes geschlossen zu halten.

Bereits in der Angst vor der Einflussnahme wirtschaftlicher Interessen spiegelt sich die Theorielosigkeit der Studentinnen wider. Dabei weiß jeder vernünftig denkende Mensch, dass es dem Staat gar nichts bringt, Massen hoch gebildeter Bürger an den Universitäten ausbilden zu lassen. Dass es ihm ausreicht, Menschen hervorzubringen, die sich funktionell gut in die Gesellschaft integrieren und idealerweise noch einen „kritischen“ Geist mitbringen sollten, um verkrustete Strukturen mittels flexibler Unternehmermentalität aufzubrechen, scheint in der Bildungsstreikfront noch nicht ganz angekommen zu sein.

Dabei heißt, sich in die Gesellschaft integrieren, immer auch, sich in die kapitalistische Form der Vergesellschaftung zu integrieren. So wie der Staat ohne Kapital nicht existieren kann, so agiert auch die

⁹ „Vermehrt realisieren Gruppen, dass die treibenden Kräfte und Zwänge, welche die Privatisierung und Kommerzialisierung von Bildung (sowie vieler anderer Lebensbereiche) vorantreiben, weltweit wirken. Wir können diesen nur effektiv entgegenwirken, wenn wir uns global verbünden und zusammen agieren.“ Anonymus: Reclaim your education- globale Aktionswoche 2009, 2009.

Studierende schon immer „qua Staatsbürgerschaft als Agent des Kapitals“¹⁰. Die Erhaltung des gesamtwirtschaftlichen Funktionierens liegt eben auch im staatlichen Interesse, ja ist sogar Voraussetzung jeder staatlichen Aktivität. Erst aus dieser Perspektive wird ersichtlich, weshalb die Gegenüberstellung von Wirtschaft und Staat nur eine ideologische sein kann.¹¹ Wird dem Staat gar jedes Verwertungsinteresse abgesprochen, kann das nur anti-aufklärerisch genannt werden.

Insofern kommt der Universität, ist sie nun staatlich oder privat finanziert, ein Doppelcharakter zu. Sie produziert geistiges Wissen - immer aber unter der Prämisse der Verwertung. Das Übergehen dieses Doppelcharakters ist Kennzeichen des Protests und resultiert in jene Form von Wissen, die Adorno einmal Halbbildung genannt hat. Ergebnis ist ein sich unschuldig gebendes, aber in Wahrheit etatistisches Verständnis von universitärer Bildung. Um das Versprechen geistiger Autonomie einzufordern, wird genau jener Staat als Schutzmacht angerufen, dessen erstes Interesse schon aufgrund seiner Vergesellschaftungsform eben die Verwertung von Wissen sein muss. Doch die Bildungsstreikerin lässt sich auch davon nicht irritieren. Es reicht ihr, gleichsam als Vertreter einer Lobby-Gruppe, für mehr Anteil am staatlichen Geldbeutel zu streiten. Insofern ist der Begriff des „Bildungsstreiks“ ohnehin entlarvend. Wird als Ziel noch ausgegeben, irgendeinen wirtschaftlichen Einfluss zu begrenzen, so agieren die Bildungsstreikerinnen schlussendlich so, als wäre die Universität bereits ein wirtschaftliches Unternehmen. Würde man die Bildung auf die skizzierte begriffliche Verwendung von Bildung reduzieren, so wäre das ein Rückfall in längst überwunden geglaubte Zeiten. Angesichts der historischen Tatsache, dass hochgebildete Menschen den Nationalsozialismus unterstützten, muss Bildung heute mit Mündigkeit einhergehen. Hinter das Diktum Adornos, Verhältnisse zu schaffen, dass Auschwitz sich nicht wiederhole, kann nicht zurückgegangen werden. Mündigkeit wäre, die historische Erkenntnis der Relativität von Wissen vorzuziehen und für eine vernünftig eingerichtete Welt zu kämpfen. Bildung ist eben nicht, wie noch zu Humboldts Zeiten, sich auf das Staatsbürgerdasein vorzubereiten, sondern Bildung ist, sich gegen dieses Staatsbürgerdasein in eine kritische Position bringen zu können. Es gilt also - mit anderen Worten - „alle Verhältnisse umwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“¹²

"Festkomitee 2. Juni"

festkomitee2.juni@web.de

¹⁰ M. Klaue, Der Staat forscht mit, in: Jungle World Nr. 44, 29.10. 2009.

¹¹ Dabei kann eben nicht ausgeschlossen werden, dass der Staat seinen eigenen wirtschaftlichen Interessen zuwiderhandelt. Tut er das, hat sich die Ideologie von ihren eigenen materiellen Grundlagen gelöst. Falsch ist es jedoch, anzunehmen, der Staat agiere a priori unabhängig von Wirtschaft.

¹² K. Marx, Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: MEW 1, 385.